

Der Bund

EDU-Politiker Beat Gubser tritt bei Berner Gemeinderatswahlen an

Der EDU-Politiker Beat Gubser bewirbt sich um einen Sitz in der Berner Stadtregierung.



Beat Gubser will für die EDU in den Berner Gemeinderat. Bild: zvg

Beat Gubser trete im Herbst zu den Gemeinderatswahlen an, um seinen Bekanntheitsgrad zu steigern, erklärt er in der neusten Ausgabe der Parteizeitung «Standpunkt». Das eigentliche Ziel sei die Rückkehr in den Stadtrat. Der 48-jährige Gubser gehörte bereits ab 2005 für acht Jahre dem Parlament an. 2012 verpasste er die Wiederwahl.

Nur zwei Wochen später überwies der Stadtrat damals eine Motion, die noch heute regelmässig zitiert wird. Die Motion Gubser verpflichtet die Stadt, spätestens zwei Jahre nach einer Eigenkapitalbildung von 100 Millionen Franken eine moderate Steuersenkung vorzunehmen. Die Motion ist noch nicht erfüllt, die Frist wurde verlängert.

Sollte Gubser die Rückkehr in die Stadtpolitik schaffen, will er sich unter anderem der Familienpolitik widmen. Das Kita-Gutscheinsystem sei grundsätzlich positiv, sagte er dem «Standpunkt». Allerdings sollten alle Eltern Gutscheine kriegen. Wer seine Kinder selber betreue, solle beispielsweise 200 Franken pro Monat und Kind erhalten.

Skeptisch steht er den 200'000 Franken gegenüber, welche die Stadt Bern jährlich ans Haus der Religionen zahlt. «Interreligiöser Dialog ist keine Aufgabe der Stadt», sagte Gubser. «Das Haus der Religionen soll privat finanziert werden.» (mer/sda)

(Erstellt: 03.03.2016, 17:39 Uhr)

Artikel zum Thema

Mitte-Liste von Parteispitzen besiegelt



Die gemeinsame Mitteliste für die Gemeinderatswahlen ist beschlossen, wie die vier Parteispitzen am Donnerstag mitteilten. [Mehr...](#)

25.02.2016

Grünliberale bestätigen Bündnis mit Mitteparteien

Zu den Gemeinderatswahlen wollen die Grünliberalen gemeinsam mit den Mitteparteien antreten. [Mehr...](#)

23.02.2016

Wirtschaftsverbände «vorbehaltlos» für Alexandre Schmidt

Berner Wirtschaftsverbände stellen sich hinter Schmidt und Nause für die Gemeinderatswahlen. Sie kritisieren den Alleingang der bürgerlichen Parteien. [Mehr...](#)

Von Michael Hunkeler 16.02.2016

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@derbund folgen](#)